

Budgetauschuß.

Der Budgetauschuß setzte in seiner heute vormittags unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylvester nach in Anwesenheit des Ministers des Innern Grafen Toggenburg abgehaltenen Sitzung die Verhandlungen über das Kapitel 6 des Voranschlags (Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten) fort.

Abg. Seitz bemerkt, niemand dürfe sich der Erkenntnis entschlagen, daß wir vor einer der geschichtlich wichtigsten Entscheidungen stehen. Die Massen der Bevölkerung haben mit der größten Aufopferung und Einsicht mehr als drei Jahre die Leiden des Krieges getragen, weil sie sich sagen mußten, daß die Gegner zum Frieden noch nicht reif sind. Nun hat die russische Revolution diesem Zustande ein Ende gemacht. Für die heutige russische revolutionäre Regierung ist der baldigste Abschluß des Friedens geradezu eine Existenzbedingung. Andererseits ist der Friedenswille aller Völker soweit gebrochen, daß man sich wohl sagen kann, daß man die Pflicht hat, so rasch als möglich zuzugreifen. Blödielich sinnen aber die Verhandlungen mit Rußland an, schleppend zu werden. Es bemächtigte sich daher der Bevölkerung die Besorgnis, es könnte zu einer Verschleppung oder gar zu einem Scheitern der Verhandlungen kommen. Es entsteht der Verdacht, daß man sich sagt: Da die russische Regierung den Frieden schließen muß, können wir unsere Bedingungen etwas höher stellen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch die Verhandlungen hinauszuziehen. Die Sozialdemokraten verkennen nicht, daß man, wenn

man Krieg führt, auch den Willen hat, den Krieg so abzuschließen, daß der Friede ein möglichst dauernder sei. Sie verstehen sogar, wenn Regierungen oder bürgerliche Parteien durch den Krieg gewisse Zukunftsziele verwirklichen wollen. Aber heute handelt es sich um etwas ganz anderes als um die Sicherungen und um die Ziele für die Zukunft, es handelt sich nur darum, wie wir den Krieg so rasch als möglich beenden können.

Man verkenne nicht die Denkart der Männer, die die russische Regierung führen: Sie sind keine Diplomaten, keine Unterhändler, sie sind die Vertreter eines klargezeichneten, zielsicheren Programms. Mit dem Festhalten an ihrem Programm ist ihre Existenz verknüpft. Das Mißverständnis über das Wesen der russischen Unterhändler ist vielleicht die Ursache des schleppenden Ganges der Verhandlungen. Zum Unterschied von allen Staaten der Entente will uns die russische Regierung keinen Handbreit Boden nehmen, sie sichert jedem Volke sein Selbstbestimmungsrecht innerhalb der eigenen Grenzen des Reiches, sie ist sogar so weit gegangen, sich jedes Einflusses auf unsere inneren Verhältnisse zu entziehen. Gegenüber einer solchen Regierung die Verhandlungen zu verschleppen, sei ein großer Fehler.

Was die polnische Frage betrifft, sind die Sozialdemokraten für die Freiheit des polnischen Staates, halten jedoch eine Personalunion mit Polen nicht für eine geeignete Lösung der Frage. Wenn das polnische Volk die Personalunion will, möge man das polnische Volk darüber abstimmen lassen.

Die Regierung müsse auch alles aufbieten, um eine Verschleppung der Verhandlungen zum Zwecke der Erfüllung von Annexionsgelüsten von Parteien in Deutschland zu verhindern. Wir können nicht mehr warten wegen der Wünsche der deutschen Agrarier und Konservativen.

Nicht nur der Ton des Generals Hoffmann ist es, was wir auch den Eindruck nicht los, daß die deutsche Regierung ihre Politik vom Militär beeinflussen lasse. Der deutsche Reichstag ist in seiner Mehrheit einig mit der deutschen Regierung in dem Wunsche nach Frieden.

Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten ist ungenügend. Die Sozialdemokraten haben wiederholt öffentlich im Parlament, in Versammlungen und in der Presse erklärt, daß sie das Vertrauen zu dem Grafen Czernin haben, daß er den Frieden will und anstrebt. Sie haben dies in Formen gesagt, in welchen sie noch niemals gegenüber einer Regierung gesprochen haben, auch nicht zur Zeit der Wahlreform. Aber sie müssen andererseits auch sagen, daß allmählich das Vertrauen in die Kraft des Grafen Czernin zu schwanken beginne, der Dinge Herr zu werden, den Einflüssen der deutschen Konservativen und Junker, der deutschen Annexionisten Widerstand zu leisten, um zu einem raschen Abschluß zu kommen. Wenn Graf Czernin und unsere Regierung vielleicht der Meinung sein sollten, es gehe an, die Verhandlungen zu verschleppen, erklären die Sozialdemokraten demgegenüber mit allem Nachdruck, daß man den breiten Massen ehestens die Versicherung geben müsse, daß der Friede mit Rußland nicht scheitern werde, insbesondere nicht an irgendwelchen territorialen Interessen oder an einem Interesse an Polen. Die Sozialdemokraten haben die Bewegung in den Massen der Industriearbeiter nicht angezettelt und nicht in die Wege geleitet, diese Bewegung ist ein spontaner Ausbruch des Willens der Volksmassen, ausgelöst durch die Schwierigkeiten in der Ernährung, aber verursacht durch die Erschütterung des Vertrauens auf einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit Rußland. Wer glaubt, daß man noch warten kann, der irrt. Die Sozialdemokraten wissen, daß nach einem Abschluß des Friedens mit Rußland noch viel Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, sie wissen aber auch, daß dieser Friede die erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden ist. Deshalb kann nur eine wirkliche Beruhigung schaffen die Versicherung eines ehe baldigsten Abschlusses der Verhandlungen von Brest-Litowsk.